



Dr. Nina Scheer - Wochenspiegel vom 17. bis 23. Januar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei übersende ich Ihnen/Euch meinen WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom 17. bis 23.
Januar 2022.

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer
Bundestagsabgeordnete

THEMEN

STEIGENDE ENERGIEPREISE

Aktuell sind viele Verbraucherinnen und Verbraucher von steigenden Energiepreisen stark betroffen, insbesondere, wenn ihnen von Seiten ihres Anbieters aufgrund der aktuell schwankenden Preise gekündigt wird. Hier besteht Handlungsbedarf.

Energieversorgung ist Daseinsvorsorge: Es kann nicht sein, dass Verbraucherinnen und Verbraucher mit günstigen Energiepreisen als Kundinnen und Kunden gelockt werden, dann aber, wenn Preisschwankungen eintreten, im Regen stehen gelassen werden, indem ihnen der Vertrag gekündigt wird oder das Geschäft aufgegeben wird. VerbraucherInnen sollten dabei auch mögliche Vertragsbrüche prüfen: Nicht jede ‚erzwungene‘ vertragliche Änderung muss rechtmäßig sein.

Zudem müssen Strom- und Gassperren unter allen Umständen verhindert werden. Wohnen ist ein Grundrecht. Das strahlt auch auf die Energieversorgung aus. Insofern muss es im Umgang mit offenen Gas- und Stromrechnungen andere Wege geben, als die Versorgung zu unterbrechen.

Eine uneingeschränkte Lieferverpflichtung sollte dabei nicht zulasten der Energieversorger gehen. Unter Einbeziehung der Verbraucherzentralen und staatlicher Einrichtungen gilt es etwa die Vereinbarung von Ratenzahlungen, die zeitlich begrenzte Übernahme der Heiz- und Stromkosten oder weitere Optionen heranzuziehen.



Für die steigenden Preise sind aber auch mehrere Faktoren verantwortlich. In Folge der ersten Pandemiewelle sprang die Konjunktur wieder an und mit ihr die Energienachfrage. Wartungs- und Reparaturarbeiten an Pipelines und Kraftwerken, die während der Pandemie verschoben worden waren, müssen nun durchgeführt werden, was die Angebotsseite weiter drückt.

Aber auch die Liberalisierung des Energiemarktes hat Folgewirkungen, auf die reagiert werden muss: Wenn langfristige Lieferverträge heute mit kurzfristigen Einkäufen auf dem Großhandelsmarkt konkurrieren und die Stromanbieter frei gewählt werden können, erwächst daraus eine Preisspirale nach unten. Im Ergebnis darf das alleinige Risiko aber nicht bei den Endkunden liegen, zumal für diese nicht ersichtlich ist, wann und zu welchen Bedingungen der Strom eingekauft wurde. Verbraucherinnen und Verbraucher können nicht damit rechnen, dass Preisschwankungen zur Kündigung ihres Vertrages oder der Insolvenz ihres Anbieters führten. Es steht somit in Frage, ob Billig-Stromangebote, die bei Preisschwankungen zum Verlust des Anbieters und der hiermit verbundenen Versorgungsunsicherheit führen, überhaupt rechtes sein können.

2021 haben 39 Energielieferanten in Deutschland den Markt verlassen, was nach Angaben der Bundesnetzagentur einer Verdopplung gegenüber den Jahren 2016 bis 2020 bedeutet. Die Kunden fallen in die sogenannte Grundversorgung, in einen Tarif, der aufgrund von langfristigen Lieferverträgen nie der günstigste war, aber nunmehr aufgrund des erforderlichen Zukaufs von Gas durch die örtlichen Versorger noch einmal teurer geworden ist.

Neben Handlungsbedarfen für mehr Gewährleistung der vereinbarten Tarife zu sorgen, gibt es bereits entlastende. Bereits in diesem Jahr sinkt die EEG-Umlage zur Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien auf 3,72 Cent pro Kilowattstunde. Im letztem Jahr zahlten Verbraucher noch 6,5 Cent pro Kilowattstunde. Durch die Senkung um 43 % spart ein Drei-Personen-Haushalt etwa 100 Euro im Jahr, ein Ein-Personen-Haushalt knapp 50 Euro.

Die Ampel-Koalition hat zudem vereinbart, die EEG-Umlage ab 2023 nicht mehr über den Strompreis, sondern über den Haushalt zu finanzieren.

Aktuell wird erwogen, diesen Schritt vorzuziehen. Die Vergütungen für Erneuerbare Energien nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, bleibt hiervon unberührt. Für den Fall der früheren Absenkung könnte und sollte die Weitergabe an die Endkunden gleich mit geregelt werden.

Eine weitere Entlastung werden WohngeldbezieherInnen kurzfristig mit einem Heizkostenzuschuss von einmalig 135 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt und 175 Euro für einen Zwei-Personen-Haushalt erfahren. Jede weitere Person soll mit 35 Euro berücksichtigt werden. Die Hilfe kommen etwa 710.000 Haushalten zu Gute. Die Einbeziehung weiterer Einkommensgruppen wird aktuell geprüft.

Steigende Energiepreise zeigen nicht zuletzt, dass eine Abhängigkeit von fossilen Energien aufgrund deren Endlichkeit und auch klimaschädlichen Effekte zunehmend zu einem Preisrisiko wird. Zugleich sinken die Kosten zur Gewinnung von Erneuerbaren Energien weiter.

Insofern gilt es auch zur Sicherung der Bezahlbarkeit von Energie den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen und die Energieversorgung auf einen wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien umzustellen. Die Ampelkoalition hat sich das Ziel gesetzt,

80 % Strom aus Erneuerbaren Energien bis 2030 zu gewinnen.

Zur Pressemitteilung vom 14.01.: SPD-Politikerin Nina Scheer zur aktuellen Energiepreisdiskussion - <https://bit.ly/3nYB65P>

STELLUNGNAHME BUNDESREGIERUNG ZU EU-TAXONOMIE

In einer Stellungnahme hat die Bundesregierung die von der EU-Kommission geplante Einstufung von Atomenergie als nachhaltig abgelehnt und Gas als Brückenlösung akzeptiert. Die EU-Kommission widerspricht mit ihren Plänen EU-Recht. Der Übergang zu Erneuerbaren <https://twitter.com/hashtag/EE?src=hashtag_click> Energien verlangt flexible Anlagen. Dies erfüllen Atomkraftwerke nicht. Die Anforderungen an Gas müssen den Umstieg auf sauberen Wasserstoff ermöglichen.

Zur Stellungnahme der Bundesregierung zu EU-Taxonomie: <https://bit.ly/3tT4l8w>

Zu meiner Pressemitteilung vom 4. Januar: <https://bit.ly/3fQbxzj>

ZU GAST ...

... am 18. Januar beim **ARBEITSKREIS ENERGIEPOLITIK VON VDMA**. Dort tauschte ich mich gemeinsam mit den Mitgliedern des Arbeitskreis über die Bedeutung des Koalitionsvertrag und der kürzlich vorgestellten „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ aus.

... beim **ARBEITSKREIS KLIMA & ENERGIE DER HAMBURGISCHEN SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION** auf Einladung des Abgeordneten Alexander Mohrenberg am 18. Januar. Wesentliche Punkte des Austauschs waren die Bedeutung des Koalitionsvertrags für die energiepolitische Arbeit für Hamburg und die konkreten Pläne der Bundesregierung für dieses Jahr.

BERICHTE

AUSTAUSCH LANDESGRUPPE SH UND JUSOS

Als Teil der Landesgruppe SH nahm ich am 17. Januar an einem Austausch online mit den Jusos teil. Dabei ging es um die künftige Zusammenarbeit und auch den Stand der Diskussion um die Impfpflicht.

FRAKTIONSVORSTANDSSITZUNG UND KLAUSURSITZUNG DER SPD-FRAKTION

In dieser Woche nahm ich am 20. Januar an der Fraktionsvorstandssitzung und der Klausursitzung der SPD-Fraktion online teil.

UMWELTFORUM SCHLESWIG-HOLSTEIN

Beim dem Umweltforum Schleswig-Holstein wurde am 20. Januar unter anderem über die energiepolitischen Vorhaben der Ampel-Koalition gesprochen und auch die Belange des Naturschutzes.

AG KLIMA UND ENERGIE: KLAUSUR

Am 21. Januar hatte ich zum zweiten Klausur-Abschnitt der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen. Zu Gast waren Thorsten Müller, Stiftung Umweltenergierecht, und der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Patrick Graichen, um über die Themen „EEG-Reform und Strommarktdesign“ zu diskutieren.

Als stellvertretende AG-Sprecher wählten wir am 24.01. Timon Gremmels und Bengt Bergt.

UMZUG BERLINER BÜRO

Unter Berliner Büro ist umgezogen! Nach acht Jahren im Paul Löbe Haus sind wir jetzt in Räume in der Wilhelmsstraße 65, die mir aufgrund der Sprecherinnen-Funktion zugewiesen wurden.

ENERGIEWENDE-AUSTAUSCH

Die von mir im November 2018 initiierte Online-Plattform (www.energiewende-appell.de) mit derzeit mehr als 1700 Unterzeichner*innen fordert als sozialdemokratische Stimme eine zu beschleunigende Energiewende. Mit bis zu 60 Teilnehmer*innen finden zudem stetige (Online-)Austausche statt. In der 32. Energiewende-Appell Runde am 18. Januar mit ca. 60 Teilnehmenden standen drei Themen auf dem Programm:

- 1) Die aktuell stark gestiegenen Energiepreise. Dabei wurde auch besprochen, dass die Kostentreiber aktuell nicht die Erneuerbaren Energien und die Energiewende sondern vor allem die Abhängigkeit von fossilen Energien ist.
- 2) Die Einstufung von Atomenergie im Kontext des europäischen Taxonomie-Prozesses. Vgl. hierzu etwa: <https://www.nina-scheer.de/2022/01/04/nina-scheer-einordnung-von-atomenergie-als-nachhaltig-entwertet-die-taxonomie-und-verleitet-zu-fehlinvestitionen/>
- 3) Maßnahmen für ein Klimaschutzsofortprogramm.

MEDIENSPOTS

Nina Scheer ruft zur Teilnahme am Energiesparmeister-Wettbewerb 2022 für Schulen auf
bargteheideaktuell, 20.01.2022 - <https://bit.ly/35a2nLR>

Gazprom verhöhnt deutsche Kunden: Wie wir jetzt aus der Energie-Krise kommen
Focus, 20.01.2022 - <https://bit.ly/3tWgrTC>

Warum „immer schneller, immer billiger“ nicht mehr funktioniert
shz (Abo), 18.01.2022 - <https://bit.ly/32xTeMm>

Riesenwut auf Spar-Anbieter: Die Ära der Billig-Energie ist vorbei
Focus Money Online, 18.01.2022 - <https://bit.ly/3AwdwCl>

Zu meinen weiteren Medienspots: <https://bit.ly/3KSShQb>

PRESSEMITTEILUNGEN

SPD-Politikerin Nina Scheer zur aktuellen Energiepreise-Diskussion -
<https://bit.ly/3nYB65P>

Nina Scheer ruft zur Teilnahme am Energiesparmeister-Wettbewerb 2022 für Schulen auf -
<https://bit.ly/3fWBZHu>

Nina Scheer zur Eröffnungsbilanz Klimaschutz: Beschleunigter Umstieg auf Erneuerbare Energien braucht schnelle, sektorübergreifende Maßnahmen -
<https://bit.ly/3lrr19g>

Zu meinen weiteren Pressemitteilungen: <https://bit.ly/3lzhio7>

Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages
nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539
Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 14 · 22926 Ahrensburg
Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht